



NICK HANNES

FOTO-TABLEAU

Dubai – Brot und Spiele 2/5

«Meine besten Fotografien wirken fast wie Theaterszenen», sagt der belgische Fotograf Nick Hannes. «So, als hätten sich die Menschen im Bild extra positioniert, um ein perfektes Tableau zu schaffen.» Er empfinde es zwar als Kompliment, wenn er gefragt werde, ob seine Bilder inszeniert seien – aber faktisch sei das nicht der Fall. Was Hannes meint, macht diese vor einer Shopping-Mall in Dubai eingefangene Szene deutlich: Im Kolorit, sogar im Look der Räder ähnelt das Spielzeugauto dem roten Wagen rechts im Bild so sehr, dass es glatt aus dessen Kofferraum (oder wo immer Autos ihre Jungen ausbrüten) geschlüpft sein könnte. Dem Papa im blütenweissen Hemd ist anzumerken, dass er bereits die Freude vorkostet, die sein eigener Junior an dem roten Frischling haben wird.

Globale Sicherheitspolitik

Wie soll Europa mit Russland umgehen?

Gastkommentar
von MARIELUISE BECK

Russland und die EU agieren asymmetrisch. Wer – wie der Kreml – bereit ist, Militär einzusetzen, verschiebt die Machtverhältnisse zunächst zu seinen Gunsten. Diese Grenzüberschreitung erfordert Festigkeit und Geduld. Die militärische Besetzung und Annexion der Krim sowie die Aggression in der Ostukraine haben klargemacht, dass der Kreml bereit ist, seine politischen Ziele mit militärischen Mitteln zu verfolgen. Internationales Recht und völkerrechtliche Verpflichtungen wie das Budapester Memorandum werden ohne Skrupel zur Seite geschoben. Dagegen möchte die EU militärische Gewalt aus der europäischen Politik verbannen. Für die deutsche Aussenpolitik bilden Völkerrecht, die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris das Fundament der europäischen Friedensordnung.

Während die EU auf die Stärke des Rechts setzt, übt Putin das Recht des Stärkeren aus. Wie Russland entgegenzutreten ist, ohne das Risiko einer militärischen Eskalation einzugehen, stellt hohe Anforderungen an die Diplomatie.

Erstens: Klarheit und Festigkeit gegen Propaganda. Desinformation ist ein wichtiges Instrument der russischen Führung. Klarheit im Kopf und in Worten ist daher zwingend und ist auch eine Form von Stärke. Wer die offene Lüge mit freundlicher Nächstenliebe bemäntelt, gewinnt nicht etwa Sympathie im Kreml, sondern verliert an Ansehen. Die russische Propaganda bespielt virtuos die Opferrolle. Sie schürt Legenden wie die vermeintliche Einkreisung Russlands durch die Nato. Damit beeinflusst sie auch das Denken vieler Bürgerinnen und Bürger im Westen. Tatsache ist: Russland steht mit modernen Kampfteinheiten an der Grenze zu unseren östlichen Nachbarn. Wer dieser Propaganda nicht entgegentritt, braucht sich über bröckelnde Unterstützung in der eigenen Bevölkerung nicht zu wundern.

Zweitens: Einigkeit. Der Kreml setzt auf den Zerfall des Westens. Der Brexit war für Putin ein Erfolg. Der Aufbau einer rechten Internationale mit Ukip, Front national, FPÖ, AfD und den Orbans des Westens zeigt, wohin die Reise gehen soll. Die Wahl von Macron in Frankreich war für diese Strategie des «divide et impera» ein Rückschlag. Die Investition in Trumps Sieg zahlt sich angesichts von Checks and Balances in den USA bis jetzt nicht aus – Trumps Spielräume schrumpfen nach Enthüllungen der wachsenden Presse. Der Kreml hat mit der Festigkeit des Westens in der Sanktionsfrage nicht gerechnet. Wer da wackelt,

schwächt die eigene Position. Siemens hat auf der Krim nichts zu suchen. Ein deutscher Altkanzler macht sich nicht zum Lobbyisten des Kremls. Versorgungssicherheit mit Gas und Öl ist kein deutsch-russisches Projekt, es gehört in die Hände der EU. Wer die Tür zum bilateralen Sonderweg aufstösst, wird zum politischen Leichtgewicht.

Drittens: Kompromisse erfordern Realismus. Verschwemmte Kompromisse bevorzugen den, der falsch zu spielen bereit ist. Wer zulässt, dass die Russische Föderation im Minsker Prozess als Mediator auftritt, obwohl der Kreml zweifelsfrei Kriegspartei ist, der endet in der Rolle als Bittsteller. Nicht Russland und die Ukraine sind gleichermassen «Konfliktparteien» vor Ort. Sondern Russland hat mit der Krim ukrainisches Gebiet annektiert und führt im Osten einen Angriffskrieg. Im Unterschied dazu verteidigt die ukrainische Armee ihr eigenes Staatsgebiet.

Viertens: Modernisierungsangebote aufrecht erhalten. Der russischen Ökonomie fehlt die Perspektive, die Bevölkerung spürt den Kaufkraftverlust. Die Infrastruktur ist marode. Fehlende Rechtsstaatlichkeit behindert vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Ein wachsender Teil der gut ausgebildeten Jugend will auswandern. Das Land lebt von Gas und Öl allein. Noch reicht die Repression, um offene Opposition klein zu halten. Aber die Herren im Kreml wissen, dass ein marodes System auch durch Repression nicht dauerhaft stabilisiert werden kann. Modernisierung ist ohne Rechtsstaat und Demokratie nicht zu haben. Der Westen muss bekräftigen: Eine Modernisierung des Landes auf der Grundlage demokratischer Prinzipien werden wir nach Kräften unterstützen. Denn für uns gehört Russland zu Europa.

Fünftens: Visafreiheit. Reisen bildet. Der Propagandamaschine des Kreml, die die Köpfe ihrer Bürger vergiftet, sollten wir die Freiheit entgegenstellen. Kein Visa-Regime mehr, das ein Gefühl der Demütigung hervorruft. Je mehr russische Bürger den Westen mit seiner Meinungs- und Pressefreiheit, einem Leben ohne korrupte Abzocke und selbstbewussten Bürgern erleben, desto schneller wird das autoritäre Regime im Kreml bröckeln. Wir sollten zeigen, dass der vermeintlich dekadente Westen ein besseres Leben möglich macht. So könnte der demokratische Wandel in Russland befördert werden. Annäherung durch freies Reisen – friedlicher kann Stärke nicht sein.

Marieluise Beck ist Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Sprecherin für Osteuropapolitik von Bündnis 90 / Die Grünen. Der Beitrag entstand im Rahmen des NZZ-Podiums Berlin zum Thema «Russland».

Zionismus und jüdische Identität

Emotionale Bindung, nicht staatsbürgerliche

Gastkommentar
von HERBERT WINTER

Als Theodor Herzl vor 120 Jahren in Basel den ersten Zionistenkongress organisierte und so den Grundstein für die Gründung Israels legte, reagierten die Schweizer Juden typisch schweizerisch: Man war nicht dafür. Man war aber auch nicht dagegen. Man war neutral.

Spätestens nach der Shoah ist die Neutralität einer grossen Sympathie für den Zionismus und Solidarität mit Israel gewichen. Heute unterstützen die Schweizer Juden nahezu ausnahmslos die Idee des Zionismus, dass Juden einen eigenen Staat haben sollen. Die Meinungen zur aktuellen Politik Israels gehen jedoch weit auseinander.

Doch damals wie heute wurden und werden wir Schweizer Juden immer wieder mit dem Vorwurf der doppelten Loyalität konfrontiert. Das Missverständnis, dass Schweizer Juden keine «richtigen» Schweizer seien, ist relativ weit verbreitet. «Ihr habt wieder schöne «Lämpen» daheim», sagte einmal ein Bekannter zu mir, als sich der Konflikt zwischen Israeli und Palästinensern gerade wieder zuspitzte. Mit «daheim» meinte mein Bekannter nicht etwa Zürich, wo ich mit meiner Familie lebe, sondern Israel. Doch daheim bin ich in der Schweiz.

Letztes Jahr wurde ich eingeladen, an einer Bundesfeier die 1.-August-Rede zu halten. Mich hat das sehr berührt und stolz gemacht. In meiner Rede habe ich dargelegt, warum es gute Gründe gibt, den 1. August zu feiern: Wer sein Land mitgestalten will, hat hier die Möglichkeit dazu – unabhängig von der Religion. Und die Schweiz ist heute ein Land, in dem sich jeder Mensch entfalten und in Freiheit und Recht leben und gleichzeitig seine Identität wahren kann.

Natürlich haben jüdische Schweizer in der Regel ein engeres Verhältnis zu Israel als nicht-jüdische. Wegen dieser Verbundenheit ist das 120-Jahre-Jubiläum des ersten Zionistenkongresses für uns Juden ein Grund zum Feiern. Ich sehe aber in der schweizerisch-jüdischen Solidarität mit Israel überhaupt kein Problem. Denn wir Schweizer Juden sind natürlich dennoch ganz normale Bürger dieses Landes, mit allen Rechten und Pflichten wie alle anderen Bürger. Das war nicht immer so. Erst seit 1866 sind Juden gleichberechtigt. Doch heute sind wir integraler Bestandteil dieses Landes und gestalten es mit.

Nur weil ich mich mit Israel verbunden fühle, bin ich deswegen kein schlechterer Schweizer Bürger. In der Schweiz stimme ich ab, nehme an Wahlen teil, beteilige mich an politischen und ge-

sellschaftlichen Diskursen, übernehme Verantwortung als Bürger und habe nicht zuletzt Militärdienst geleistet. Wir Schweizer Juden sind für die schweizerische, nicht aber für die israelische Politik mitverantwortlich.

Wer dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund böse Briefe schreibt, weil er Israel hasst – wir erhalten leider oft solche Briefe –, der hat etwas falsch verstanden.

Die Verbundenheit mit Israel ist für mich eine emotionale Angelegenheit und keine staatsbürgerliche. Eine Beziehung, in der es mehr um Gefühle und weniger um Rechte und Pflichten geht. Ich bin stolz darauf, dass Juden 1948, nach 2000 Jahren der Verfolgung und Vertreibung, einen eigenen Staat gegründet haben.

Einen Staat, der «all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung» garantiert, wie schon die Unabhängigkeitserklärung von 1948 festhält.

Israel ist umgeben von feindlichen Ländern, die mit Angriffskriegen schon mehrfach versucht haben, den jüdischen Staat auszulöschen. Israel wird bis heute immer wieder von Terrorattacken durchgeschüttelt. Trotzdem ist das Land eine offene Gesellschaft und ein demokratischer Rechtsstaat geblieben. Heute ist Israel zudem eines der innovativsten Länder überhaupt, ein weiterer Grund, auf den jüdischen Staat stolz zu sein.

Doch es ist nicht nur Stolz, der mich mit Israel verbindet. Die Angst vor Verfolgung ist im Laufe der Jahrtausende Teil der jüdischen Identität geworden. Auch wenn ich mich in der Schweiz wohl fühle und es für mich undenkbar ist, dass Juden hierzulande eines Tages verfolgt werden, bin ich froh, dass es mit Israel einen sicheren Hafen für Juden gibt. Wie fast alle Schweizer Juden und wie schon Theodor Herzl betrachtete ich den Staat Israel als unerlässliche Basis für das Überleben des jüdischen Volkes.

Konfrontiert mit dem Vorwurf der doppelten Loyalität, hat Sigi Feigel, die vor einigen Jahren verstorbene bekannte jüdische Persönlichkeit, einmal gesagt, die Schweiz sei sein Vaterland und Israel sein Mutterland. Schöner lässt sich das nicht ausdrücken. Dieses Bild macht klar: Nur weil die Schweizer Juden auch mit ihrem Mutterland verbunden sind, sind sie nicht weniger mit ihrem Vaterland verbunden.

Herbert Winter ist Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) und Vizepräsident des World Jewish Congress.